

RBB: Intendant Brandstätter kündigt Ende der Bonus-Zahlungen an.....	1
WDR-Rundfunkrat distanziert sich von Vorgängen im RBB	2
Initiativen bündeln Kräfte im Kampf gegen Hasskriminalität im Netz	3
Alle Nominierungen für Deutschen Radiopreis 2022 stehen fest.....	4
DLF-Förderpreis für jungen ukrainischen Violinisten	4

RBB: Intendant Brandstätter kündigt Ende der Bonus-Zahlungen an

Berlin (epd). Der geschäftsführende RBB-Intendant Hagen Brandstätter hat ein Ende der umstrittenen Bonus-Zahlungen für Führungskräfte des Senders angekündigt. Die Geschäftsleitung sei sich einig, dass dieses System der leistungsorientierten Vergütung für die Führungskräfte keine Zukunft mehr habe, sagte Brandstätter am Mittwochabend im RBB-Fernsehen. Bereits in diesem Jahr sollen demnach die Sonderprämien nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Brandstätter sagte weiter, man werde den Verwaltungsrat um Prüfung bitten, dieses System so nicht weiter fortzuführen. Er wage die Prognose, dass es das so nicht weiter geben werde.

Vor der Sondersendung hatte die Geschäftsleitung des Senders der Belegschaft des Rundfunks Berlin-Brandenburg die Höhe der Bezüge der Direktoren offengelegt. Die Grundbezüge der vier Führungskräfte an der Spitze des RBB betragen demzufolge zwischen 196.000 und 230.000 Euro. Die leistungsorientierte zusätzliche Vergütung betrug zwischen 30.738 Euro und 39.195 Euro.

Das umstrittene Boni-System waren durch Recherchen des Portals „Business Insider“ und des hauseigenen RBB-Recherche-Teams bekannt geworden. Der Leiter des Recherche-Teams, René Althammer, sagte in der Sondersendung, er hätte sich eine Offenlegung schon früher gewünscht. Brandstätter erklärte, er habe abwarten müssen, ob er die Stillschweige-Vereinbarung aus den Arbeitsverträgen aufheben dürfe. Diese Information habe er erst jetzt vom Verwaltungsrat bekommen.

Wegen Vorwürfen der Vetternwirtschaft, Vorteilsnahme und Verschwendung war RBB-Intendantin Patricia Schlesinger am 7. August zurückgetreten. Zuvor hatte sie bereits den ARD-Vorsitz niedergelegt. Am Montag dieser Woche hat sie der RBB-Rundfunkrat mit sofortiger Wirkung von dem Amt abberufen. Die Journalistin Schlesinger war seit 2016 in dem Amt. lob

WDR-Rundfunkrat distanziert sich von Vorgängen im RBB

Köln (epd). Der Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks hat sich in seiner Sitzung am Mittwochnachmittag kritisch mit den Vorgängen im Rundfunk Berlin Brandenburg befasst. „Ich möchte mich deutlich von den Ereignissen beim RBB distanzieren“, sagte der Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats, Rolf Zurbrüggen, in Köln. Der abberufenen RBB-Intendantin und früheren ARD-Vorsitzenden Patricia Schlesinger wird Vetternwirtschaft vorgeworfen.

Die Generalstaatsanwaltschaft in Berlin ermittelt wegen des Verdachts der Veruntreuung und Vorteilsnahme gegen sie, den ehemaligen Vorsitzenden des RBB-Verwaltungsrats Wolf-Dieter Wolf und gegen Schlesingers Mann Gerhard Spörl.

Nach dem Rücktritt Schlesingers vom ARD-Vorsitz am 4. August hat WDR-Intendant Tom Buhrow den Vorsitz bis Ende dieses Jahres übernommen. Buhrow sagte, der „toxische Skandalmix beim RBB“ habe auch den ARD-Verbund, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Ganzes und insbesondere auch die Gremienaufsicht in die Schusslinie gebracht.

Der Intendant betonte in der Sitzung, dass der WDR in Sachen Gremien- und Finanzaufsicht „deutlich engmaschiger aufgestellt“ sei als andere ARD-Sender. Beim WDR müsse bei einer Bauinvestition ab einer Summe von mehr als 185.000 Euro der Verwaltungsrat mit einbezogen werden. „Der Umbau einer ganzen Etage ohne Ausschreibung und ohne Einschaltung des Verwaltungsrats wäre bei uns undenkbar“, sagte Buhrow. Nach Medienberichten hat der Umbau der Intendantenetage beim RBB, den Schlesinger veranlasst hatte, 1,4 Millionen Euro gekostet.

„Die Zeiten, wo man sagte, Aufsicht ist lästig, sind ja wohl vorbei“, sagte Buhrow: „Ich bin froh über diese Aufsicht. Kleinteilige Aufsicht ist oft genug anstrengend, aber sie macht uns besser.“ Beim WDR habe die Gremiengeschäftsstelle zehn Mitarbeiter. „Eine solche Ausstattung gibt es bei keiner anderen Anstalt der ARD“, betonte der Intendant.

Die ARD müsse jetzt „einen Prozess in Gang setzen, dass die Kontrolle auch bei anderen Anstalten verbessert wird“, sagte Buhrow. Wörtlich sprach er von einer „Heilung der Aufsichtsproblematik.“ Er frage sich: „Wie können wir da helfen, dass das auch bei kleineren Anstalten geht?“ Beim RBB arbeite nach seinen Informationen eine Person in der Geschäftsstelle des Rundfunkrats. „Wie soll man da unabhängig agieren?“, fragte Buhrow. Was den RBB-Skandal angehe, erwarte er „weiterhin schnelle und transparente Aufklärung.“

Auch Zurbrüggen, der vom Landesverband der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen in den Rundfunkrat entsandt ist, betonte in der Sitzung, dass der WDR in Sachen Gremienarbeit „gut ausgestattet“ sei. Die Rahmenbedingungen für die Geschäftsstelle des Gremiums seien „exzellent“, sagte er. Mit der Finanzaufsicht über den Sender

seien mehrere Organe befasst: der Haushalts- und Finanzausschuss des Rundfunkrats, der Rundfunkrat als Ganzes, der Verwaltungsrat, der Landesrechnungshof NRW, die Finanzkommission KEF und die Innenrevision des Senders. Dennoch sei er sich „im Klaren darüber, dass wir die Aufsichtsstrukturen und unsere Arbeit auf den Prüfstand stellen müssen.“ Man könne schließlich immer Dinge verbessern.

Als „irritierend“ bezeichnete Zurbrüggen einen kürzlich von Ex-Innenminister Gerhart Baum und Jürgen Bremer in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Artikel, in dem im Zusammenhang mit dem WDR-Rundfunkrat von einem „Abnickgremium“ die Rede gewesen sei. Dagegen verwahrte sich Zurbrüggen: „Das sind wir nicht, so verstehen wir uns nicht!“

Seit der WDR den ARD-Vorsitz wieder übernommen hat, ist Zurbrüggen auch Vorsitzender der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der ARD. Er übernahm diese Funktion von Friederike Kirchbach, der Vorsitzenden des RBB-Rundfunkrats. Sie ist nun stellvertretende GVK-Vorsitzende, zusammen mit Adolf Weiland, dem Vorsitzenden des SWR-Rundfunkrats. Der SWR wird im kommenden Jahr den ARD-Vorsitz übernehmen.
dra

Initiativen bündeln Kräfte im Kampf gegen Hasskriminalität im Netz

Düsseldorf, Köln (epd). Die unter anderem von der Landesmedienanstalt NRW unterstützte Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ kooperiert künftig mit dem Portal „Stark im Amt“. Mit der Zusammenarbeit solle gegen Hass und Gewalt im Netz vorgegangen und die Demokratie gestärkt werden, teilte die Landesanstalt für Medien NRW am Donnerstag in Düsseldorf mit. Die Landesanstalt fungiert in der Initiative als Ansprechpartnerin für betroffene Politiker und übernimmt die Vermittlung zwischen Betroffenen und Strafverfolgungsbehörden.

„Hass im Netz ist Gewalt gegen Demokratie“, sagte der Direktor der Landesanstalt für Medien NRW, Tobias Schmid. Besonders deutlich werde das bei Angriffen auf Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Ihre Arbeit sei ein zentraler Bestandteil der demokratischen Gesellschaft. Anfeindungen oder Bedrohungen gegen diese Menschen richteten sich daher immer auch gegen das System.

Der Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW), Markus Hartmann, erklärte: Das Projekt „Verfolgen statt nur Löschen“ zeige, dass ein breites Bündnis vieler Partner die Strafverfolgungsbehörden besonders wirksam gegen den strafbaren Hass im Netz vorgehen lasse. ZAC NRW ist landesweit zuständig für Verfahren wegen Straftaten politisch motivierter Hasskriminalität im Internet.

Das Portal „Stark im Amt“ richtet sich an alle kommunalen Amts- und Mandatsträger in Deutschland, die politische Verantwortung übernehmen und dabei Hass und Gewalt erfahren müssen. Das Kooperationsprojekt der Körber-Stiftung mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt Kommunalpolitiker dabei, die Herausforderung eines Angriffs zu meistern und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ hat sich dem Schutz von Freiheit und Demokratie im Netz verschrieben. Sie wurde 2017 gestartet und vereint Vertreter von Medienaufsicht, Strafverfolgungsbehörden und Medienhäusern.

Bis heute wurden im Rahmen der Initiative mehr als 1.600 Fälle von Volksverhetzung oder der Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen im Internet zur Anzeige gebracht. *lwd*

Alle Nominierungen für Deutschen Radiopreis 2022 stehen fest

Hamburg (epd). Für den Deutschen Radiopreis 2022 stehen nun alle Finalistinnen und Finalisten fest. Auf den Preis für die „Beste Sendung“ können die Beiträge „Social-Media-Sonntag“ (Radio Essen), „Jazztime: Hören wir Gutes und reden darüber - Vol. 07“ (BR-Klassik) und „Olympia 2022 – eine Bilanz in sechs Kapiteln“ (NDR Info) hoffen, wie der NDR am Donnerstag in Hamburg mitteilte.

Der Radiopreis soll am 8. September in der Hansestadt verliehen werden. Durch die Show führen TV-Moderatorin Barbara Schöneberger und Radio-Kommentator Thorsten Schorn.

Für den Preis „Beste Newcomerin/Bester Newcomer“ sind Josephin Domaschke (Berliner Rundfunk 91.4), Moritz Maaß (R.SH) und Franziska Hoppen (rbb24 Inforadio) nominiert. Ins Rennen um das „Beste Interview“ gehen die Beiträge „Plötzlich Kriegsreporter – aus Osnabrück in die Ukraine“ (Antenne Niedersachsen), „Im Gespräch“ (Deutschlandfunk Kultur) sowie „Pflege am Limit: Krankenschwester auf einer Corona-Station“ (SWR1 Baden-Württemberg).

Bereits vor einer Woche hatte die Jury des Grimme-Instituts in den fünf Kategorien „Beste Comedy“, „Beste Morgensendung“, „Beste Moderatorin/Bester Moderator“, „Beste Programmaktion“ und „Beste Reportage“ jeweils drei Finalisten bekannt gegeben. Insgesamt wurden hunderte Bewerbungen von 143 Radioprogrammen eingereicht, erklärte der NDR. In diesem Jahr wird die Auszeichnung in neun Kategorien verliehen.

Der Deutsche Radiopreis wird seit 2010 verliehen. Stifter sind die Hörfunkprogramme der ARD, Deutschlandradio und die privaten Radiosender in Deutschland. Zu den Kooperationspartnern zählen das Grimme-Institut, die Freie und Hansestadt Hamburg sowie die Radio-Vermarkter AS&S Radio und RMS. *lnh*

DLF-Förderpreis für jungen ukrainischen Violinisten

Köln (epd). Der junge ukrainische Geiger Bohdan Luts erhält den Deutschlandfunk Förderpreis 2022 beim Musikfest Bremen. Bohdan Luts besteche mit seiner reifen Musikalität und brillanten Technik, die er mit scheinbar müheloser Leichtigkeit einsetze, erklärte die Jury einer DLF-Mitteilung vom Donnerstag zufolge. Der Förderpreis wird im Rahmen des Musikfests Bremen am 29. August verliehen.

Mit der Auszeichnung ist ein Engagement beim Musikfest Bremen im kommenden Jahr verbunden sowie eine CD-Einspielung beim DLF. Der 17-jährige Luts gewann

schon mehrere Violinwettbewerbe und trat bereits mit dem Sinfonieorchester der Nationalphilharmonie Lwiw und beim Gstaad Menuhin Festival auf. *rks*

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
83,15 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.
Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-432
Fax. (030) 32 53 21-444
E-Mail: christoph@m-public.de
Druck: FRITSCH Druck GmbH
Heiterblickstraße 42
04347 Leipzig